Anlage 1
(zu Ziffer I Nummer 1 Buchstabe c)

Antrag auf Einbürgerung

Bitte alle Fragen beantworten. Sollte der Platz nicht ausreichen, weitere Ausführungen bitte auf einem Beiblatt machen. Bei Minderjährigen ab 16 Jahren ist ein eigener Antrag erforderlich.

Ich beantrage die Einbürgerung und mache über meine persönlichen Verhältnisse folgende Angaben

1. Angaben zur Person des Einbürgerungsbewerbers/der Einbürgerungsbewerberin

Familienname, ggf. Geburtsname	Vorname(n)	
Geburtsdatum	Geburtsort, Staat	
Anschrift (PLZ, Wohnort, Straße, Hausnummer)		
ausgeübter Beruf		
Telefon/E-Mail/Fax		
Familienstand ☐ ledig ☐ verheiratet ☐ verwitwet ☐ geschieden ☐ getrennt lebend ☐ eingetragene Lebenspartnerschaft		seit (Datum)
Datum und Ort der letzten Eheschließung/Begründung der Lebenspartnerschaft		
in Mehrehe lebend ☐ Ja ☐ Nein		

Vermerke der Behörde

2. Ehegatten/Lebenspartner

Familienname, ggf. Geburtsname	Vorname(n)
Geburtsdatum	Geburtsort, Staat
Anschrift (PLZ, Wohnort, Straße, Hausnummer)	
ausgeübter Beruf	
Staatsangehörigkeit(en)	Wird die Einbürgerung ebenfalls beantragt? ☐ Nein ☐ Ja

Frühere Ehen/Lebenspartnerschaften

frühere Ehen/Lebenspartnerschaften ☐ Ja ☐ Nein	
Ehe/Lebenspartnerschaft von - bis	aufgelöst durch
Staatsangehörigkeit(en) des früheren Ehegatten/Lebenspartners	

3. Status und Wehrdienst

Status

derzeitige Staatsangehörigkeit(en)	Vermerke der Behörde
sie ist/sind belegt (Pass, Staatsangehörigkeitsausweis und so weiter) ☐ Ja, durch ☐ Nein	
frühere Staatsangehörigkeit(en)	
Grund des Verlustes	
Verlust ist belegt durch	

Besonderer Status

Asylberechtigter	☐ Ja	☐ Nein	nachgewiesen durch
ausländischer Flüchtling	☐ Ja	☐ Nein	nachgewiesen durch
heimatloser Ausländer	☐ Ja	☐ Nein	nachgewiesen durch
Staatenloser	☐ Ja	☐ Nein	nachgewiesen durch
Gründe für die Anerkennung als Asylberechtigter oder Flüchtling bestehen fort ☐ Ja ☐ Nein			

Wehrdienst

Wehrpflichtig	☐ Ja	☐ Nein	
vom Wehrdienst befreit/ zurückgestellt	☐ Ja	☐ Nein	
Wehrpflicht erfüllt	☐ Ja	☐ Nein	von – bis
anderer geleisteter Militärdienst			von – bis

4. Aufenthaltsorte seit der Geburt

von	bis	in (Ort und Staat)
von	bis	in (Ort und Staat)
von	bis	in (Ort und Staat)
von	bis	in (Ort und Staat)
von	bis	in (Ort und Staat)
von	bis	in (Ort und Staat)

5. Derzeitiger Aufenthaltsstatus

Niederlassungserlaubnis	☐ Ja	☐ Nein	Vermerke der Behörde
Aufenthaltserlaubnis	☐ Ja	☐ Nein	
Aufenthaltsberechtigung	☐ Ja, gültig bis	☐ Nein	
Freizügigkeitsberechtigter Unionsbürger	☐ Ja	☐ Nein	

6. Angaben zu Ausbildung und beruflichem Werdegang
Schulbildung

(bitte jeweils angeben: Zeiten, Schulart, Abschluss, Staat)

Berufsausbildung/Studium

(bitte jeweils angeben: Zeiten, Art, Abschluss, Staat)

Arbeitsverhältnisse, selbständige Tätigkeiten der letzten acht Jahre

(bitte jeweils angeben: Zeiten, Art, Anschrift des Arbeitgebers)	Vermerke der Behörde

7. Eltern

☐ leibliche Eltern	
☐ Adoptiveltern	
Adoption wirksam seit:	nachgewiesen durch:

Vater

Familienname, gegebenenfalls Geburtsname	Vorname(n)
Geburtsdatum	Geburtsort, Staat
Staatsangehörigkeit	
letzter Wohnort/Staat	
bereits verstorben ☐ Ja, am	☐ Nein

Mutter

Familienname, gegebenenfalls Geburtsname	Vorname(n)
Geburtsdatum	Geburtsort, Staat
Staatsangehörigkeit	
letzter Wohnort/Staat	
bereits verstorben ☐ Ja, am	☐ Nein

Nur zu beantworten bei minderjährigen Einbürgerungsbewerbern

Ehe der Eltern besteht noch ☐ Ja ☐ Nein (wenn nein, bitte auch die beiden folgenden Fragen beantworten)	Vermerke der Behörde
Antragsteller wird vertreten durch (zum Beispiel Vater, Mutter oder Name der berechtigten Person)	
Das Recht der Vertretung beruht auf (Angabe der Gesetzesbestimmung oder der gerichtlichen Anordnung)	

8. Kinder
Hier sind minderjährige und volljährige, eheliche und nichteheliche Kinder einzusetzen

1. Kind:

Familienname, gegebenenfalls Geburtsname	Vorname(n)
Geburtsdatum	Geburtsort, Staat
Staatsangehörigkeit	Das Kind soll mit eingebürgert werden ☐ Ja ☐ Nein

2. Kind:

Familienname, gegebenenfalls Geburtsname	Vorname(n)
Geburtsdatum	Geburtsort, Staat
Staatsangehörigkeit	Das Kind soll mit eingebürgert werden ☐ Ja ☐ Nein

3. Kind:

Familienname, gegebenenfalls Geburtsname	Vorname(n)
Geburtsdatum	Geburtsort, Staat
Staatsangehörigkeit	Das Kind soll mit eingebürgert werden ☐ Ja ☐ Nein

4. Kind:

Familienname, gegebenenfalls Geburtsname	Vorname(n)
Geburtsdatum	Geburtsort, Staat
Staatsangehörigkeit	Das Kind soll mit eingebürgert werden ☐ Ja ☐ Nein

Von diesen Kindern (bitte jeweils die laufende Nummer von oben eintragen) stammen aus

jetziger Ehe	früherer Ehe	keiner Ehe	Adoption

9. Sprachkenntnisse/staatsbürgerliche Kenntnisse

Nachweise zu

Sprachkenntnissen (Zeugnisse, Sprachzertifikate)	☐ Ja, und zwar:	☐ Nein
Staatsbürgerliche Kenntnisse (Einbürgerungstest)	☐ Ja	☐ Nein

10. Angaben zu Straftaten im In- und Ausland

abgeschlossene Strafverfahren

Angaben zum Gericht, Datum des Urteils, Tatbestand und Strafmaß noch nicht getilgter Strafen	Vermerke der Behörde
Angaben zum Gericht, Datum des Urteils, Maßnahme bei Anordnung noch nicht getilgter Maßregeln der Besserung oder Sicherung	

noch anhängige oder eingestellte Ermittlungsverfahren

Angaben zur Behörde/zum Gericht, bei der das Verfahren seit wann anhängig ist oder war

11. Angaben zu wirtschaftlichen Verhältnissen

Einkünfte

Erwerbseinkünfte (netto)	☐ Ja, Betrag Euro/Monat	☐ Nein
Einkünfte aus selbständiger Arbeit	☐ Ja, Betrag Euro/Monat	☐ Nein
Einkünfte aus Vermietung/Verpachtung	☐ Ja, Betrag Euro/Monat	☐ Nein
Rente	☐ Ja, Betrag Euro/Monat	☐ Nein
Unterhalt/Unterhaltskostenvorschuss	☐ Ja, Betrag Euro/Monat	☐ Nein
Eltern- oder Erziehungsgeld	☐ Ja, Betrag Euro/Monat	☐ Nein
Kindergeld	☐ Ja, Betrag Euro/Monat	☐ Nein
Wohngeld	☐ Ja, Betrag Euro/Monat	☐ Nein
Arbeitslosengeld I (SGB III)	☐ Ja, Betrag Euro/Monat	☐ Nein
Arbeitslosengeld II (SGB II)	☐ Ja, Betrag Euro/Monat	☐ Nein
Sozialgeld (SGB II)	☐ Ja, Betrag Euro/Monat	☐ Nein
Sozialhilfe (SGB XII)	☐ Ja, Betrag Euro/Monat	☐ Nein
Krankengeld	☐ Ja, Betrag Euro/Monat	☐ Nein
Sonstige Einkünfte	☐ Ja, Betrag Euro/Monat	☐ Nein

Alterssicherung

Für Alterssicherung ist gesorgt

☐ Ja, durch ☐ Nein

Krankenversicherung

☐ gesetzliche Krankenversicherung	☐ private Krankenversicherung	Vermerke der Behörde

Nettoeinkünfte der übrigen Familienmitglieder

Name	Nettoeinkünfte ☐ monatlich ☐ jährlich	Betrag Euro
Name	Nettoeinkünfte ☐ monatlich ☐ jährlich	Betrag Euro
Name	Nettoeinkünfte ☐ monatlich ☐ jährlich	Betrag Euro

Unterhaltssicherung durch Unterhaltsansprüche

Unterhalt ist durch Unterhaltsansprüche gesichert ☐ Ja ☐ Nein	
Name und Anschrift des Unterhaltspflichtigen	
Nettoeinkünfte des Unterhaltspflichtigen ☐ monatlich ☐ jährlich	Betrag Euro

Unterhaltsverpflichtungen

Bestehen Unterhaltsverpflichtungen gegenüber Personen, die nicht zur Haushaltsgemeinschaft gehören? ☐ Ja	☐ Nein
Gegenüber welcher Person/welchen Personen?	
Unterhaltsrückstände ☐ Ja, in Höhe von _____ Euro	☐ Nein

12. Vermeidung von Mehrstaatigkeit

Ich bin bereit, meine bisherige(n) Staatsangehörigkeit(en) aufzugeben und verpflichte mich, nach schriftlicher Zusicherung der Einbürgerung die erforderlichen Schritte zu unternehmen.
☐ Ja ☐ Nein

Wenn „nein“ bitte nachstehend die Gründe angeben:

13. Sonstiges

Ich habe in der Bundesrepublik Deutschland bereits früher die Einbürgerung beantragt ☐ Ja ☐ Nein Wenn „ja“ bitte auch die folgenden Fragen beantworten:
Der Antrag wurde gestellt bei (Behörde, Ort, Aktenzeichen)
Wurde über den Antrag entschieden, wenn ja, wie?

Verwaltungsgebühr:

Mit ist bekannt, dass für die Einbürgerung Kosten erhoben werden. Die Verwaltungsgebühr beträgt 255 Euro für jeden Einbürgerungsbewerber; für jedes miteinzubürgernde minderjährige Kind ohne eigenes Einkommen beträgt die Gebühr 51 Euro. Ob eine Gebührenermäßigung in Betracht kommt, kann auf Antrag geprüft werden. Auch die Ablehnung der Einbürgerung oder die Zurücknahme des Einbürgerungsantrags ist grundsätzlich kostenpflichtig.

Richtigkeit der Angaben und Mitteilungspflichten:

Ich versichere die Richtigkeit meiner Angaben. Ich habe davon Kenntnis, dass falsche oder unvollständige Angaben zur Ablehnung oder zur Rücknahme der Einbürgerung sowie zu einer Freiheits- oder Geldstrafe (§ 42 des Staatsangehörigkeitsgesetzes) führen können und dass ich verpflichtet bin, Änderungen meiner persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse, die sich im Laufe des Einbürgerungsverfahrens ergeben, unverzüglich mitzuteilen.

14. Lichtbild (nur von Einbürgerungsbewerbern ab 16 Jahre)

15. Unterschriften

Einbürgerungsbewerber/in

Bitte erst bei Antragsabgabe unterschreiben

Ort, Datum

Unterschrift des Einbürgerungsbewerbers/
der Einbürgerungsbewerberin

Miteinbürgerung von Kindern

Bitte erst bei Antragsabgabe unterschreiben

Ich (wir) beantrage(n) hiermit die Miteinbürgerung für die in diesem Antrag als miteinzubürgernd aufgeführten Kinder.

Ort, Datum

Unterschrift(en) der/des gesetzlichen Vertreter(s/in)

Bestätigung der Richtigkeit vorstehender Unterschrift(en) durch die Einbürgerungsbehörde

Datum

Unterschrift

Anlage 2
(zu Ziffer 1 Nummer 1 Buchstabe d)

Information über die im Einbürgerungsverfahren beizubringenden Nachweise

Um das Einbürgerungsverfahren durchführen zu können, benötigt die Einbürgerungsbehörde die nachfolgend aufgeführten Nachweise.

Personenstandsurkunden (zum Beispiel Geburts- oder Eheurkunde) und Identitätsnachweise (Pass, Passersatzpapier oder Ausweis) sind im Original beizubringen. Sonstige Unterlagen sind im Original vorzulegen, dem eine öffentlich oder amtlich beglaubigte Abschrift oder Ablichtung der Urschrift gleichsteht. Bei fremdsprachigen Dokumenten ist – mit Ausnahme des Identitätsnachweises – eine deutsche Übersetzung mit vorzulegen. Die Übersetzung hat durch einen beeidigten Dolmetscher oder Übersetzer zu erfolgen.

Sie werden gebeten, diese Nachweise der Einbürgerungsbehörde vorzulegen, möglichst gesammelt als einheitlichen Vorgang.

- ☐ Pass, Passersatzpapier, Ausweis
- ☐ Nachweis über die derzeitigen Staatsangehörigkeiten, zum Beispiel Pass, Staatsangehörigkeitsurkunde, Bescheinigung des Herkunftsstaates
- ☐ eigene Geburtsurkunde
- ☐ aktuelles Lichtbild (bei Einbürgerungsbewerbern, die das 16. Lebensjahr vollendet haben)
- ☐ ausführlicher Lebenslauf, der eine Schilderung des persönlichen und beruflichen Werdegangs enthält (bei Einbürgerungsbewerbern, die das 16. Lebensjahr vollendet haben)
- ☐ Bescheid über die Anerkennung als Asylberechtigter oder die Rechtsstellung als Flüchtling, Nachweis heimatloser Ausländer oder Staatenloser
- ☐ bei minderjährigen Einbürgerungsbewerbern Nachweis, wer Vertretungsberechtigter ist
- ☐ Eheurkunde oder Urkunde über die Eintragung einer Lebenspartnerschaft
- ☐ Geburts-/Sterbeurkunde des Ehegatten/eingetragenen Lebenspartners oder der Ehegattin/eingetragenen Lebenspartnerin
- ☐ Nachweis über die deutsche Staatsangehörigkeit des Ehegatten/eingetragenen Lebenspartners oder der Ehegattin/eingetragenen Lebenspartnerin, zum Beispiel Personalausweis, Pass
- ☐ frühere Ehen/eingetragene Lebenspartnerschaften: Scheidung, Sorgerecht und gegebenenfalls Nachweis über Unterhaltszahlungen
- ☐ Geburtsurkunden, Abstammungsnachweis für die Kinder
- ☐ Staatsangehörigkeitsnachweis der mit einzubürgernden Kinder, zum Beispiel Pass
- ☐ Urkunden zum Nachweis der gesetzlichen Vertretung
- ☐ Nachweis über die Adoption
- ☐ Geburts-/Sterbeurkunde der Eltern
- ☐ Heirats-/Eheurkunde der Eltern
- ☐ Staatsangehörigkeitsnachweis der Eltern
- ☐ Nachweis deutscher Sprachkenntnisse (zum Beispiel Zeugnis, Zertifikat)
- ☐ Nachweis über den erfolgreich bestandenen Einbürgerungstest
- ☐ Bescheinigung über die erfolgreiche Teilnahme an einem Integrationskurs
- ☐ Schulabgangszeugnis

- ☐ Nachweis über die Berufsausbildung
- ☐ Nachweis über den Abschluss eines Studiums oder den aktuellen Studienstand
- ☐ Nachweis über den Wehrdienst
- ☐ Zeugnisse der mit einzubürgernden Kinder/Schulbescheinigungen
- ☐ Mietvertrag
- ☐ Grundbuchauszug
- ☐ Vermögensnachweis
- ☐ Arbeitsvertrag
- ☐ Lohn- oder Gehaltsabrechnungen, Verdienstbescheinigungen der letzten drei Monate aller Familienangehörigen
- ☐ Bescheid über Arbeitslosengeld, Leistungen der Grundsicherung für Arbeitslose nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch oder Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch, Wohngeldbescheid
- ☐ Bewerbungsnachweise
- ☐ Kindergeldbescheid, Elterngeldbescheid, Erziehungsgeldbescheid, Bescheid über Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz
- ☐ Rentenbescheid
- ☐ Nachweis über Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit, Betriebswirtschaftsabrechnung vom Steuerberater
- ☐ Einkommensteuerbescheid
- ☐ Gewerbeanmeldung
- ☐ Rentenversicherungsnachweis
- ☐ Nachweis über die private Altersvorsorge
- ☐ Nachweis über die Kranken- und Pflegeversicherung
- ☐ Nachweis der Erwerbsunfähigkeitsversicherung oder Berufsunfähigkeitsversicherung

weitere Unterlagen:

Anlage 3
(zu Ziffer I Nummer 1 Buchstabe d)

Einbürgerungsantrag des/der _____
Familienname, Vorname(n)

Unterrichtung zur Verarbeitung personenbezogener Daten im Einbürgerungsverfahren

Sie haben einen Antrag auf Einbürgerung gestellt. Um prüfen zu können, ob die Voraussetzungen für eine Einbürgerung vorliegen, benötigt die Einbürgerungsbehörde bestimmte Angaben zu Ihrer Person.

Wer ist für die Verarbeitung Ihrer Daten verantwortlich und an wen können Sie sich wenden?

Verantwortlich für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist:

_____
Behörde und Kontaktdaten

Datenschutzbeauftragte/r dieser Behörde ist:

_____
Behörde und Kontaktdaten

Für welche Zwecke werden Ihre Daten erhoben und auf welcher Rechtsgrundlage werden Ihre Daten verarbeitet?

Die Einbürgerungsbehörde verarbeitet personenbezogene Daten zum Zweck der Durchführung des Einbürgerungsverfahrens, soweit dies für die Erfüllung dieser Aufgabe erforderlich ist.

Die Rechtsgrundlagen für die Verarbeitungstätigkeit ergeben sich aus dem Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG), der Aufenthaltsverordnung, dem Gesetz über das Ausländerzentralregister, der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über das Ausländerzentralregister, dem Zehnten Buch Sozialgesetzbuch, der Datenschutz-Grundverordnung und dem Sächsischen Datenschutzdurchführungsgesetz. Insbesondere sind die §§ 31 und 32 des Staatsangehörigkeitsgesetzes einschlägig.

Wenn es im Einzelfall über die gesetzlichen Ermächtigungen hinaus notwendig oder angezeigt ist, werden Sie um eine datenschutzrechtliche Einwilligung gebeten. Sie können diese Einwilligung verweigern. Wenn infolgedessen die Voraussetzungen für Ihre Einbürgerung nicht mehr festgestellt werden können, kann das Verfahren jedoch nicht mehr weiterbetrieben werden und keine Einbürgerung vorgenommen werden. Sie können die Einwilligung jederzeit widerrufen; die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung wird davon aber nicht berührt.

An wen können Ihre Daten übermittelt werden?

Übermittelt werden dürfen Ihre Daten im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen an andere Behörden, Gerichte und konsularische Vertretungen sowie an die zuständigen Stellen anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Im Regelfall erfolgt die Weitergabe der Daten zum Zweck der Abfrage, ob und gegebenenfalls welche für das Einbürgerungsverfahren relevanten Daten dort zu Ihrer Person vorhanden sind, zumindest an die zuständige Ausländerbehörde, das Landeskriminalamt, das Bundeszentralregister ab dem 14. Lebensjahr des Einbürgerungsbewerbers und das Landesamt für Verfassungsschutz ab dem 16. Lebensjahr des Einbürgerungsbewerbers. Abhängig vom Einzelfall kann darüber hinaus auch eine Weitergabe der Daten an andere Behörden notwendig sein, wie zum Beispiel Sozialbehörden und Standesämter.

Eine Übermittlung an Länder außerhalb der Europäischen Union findet nur statt, soweit dies nach Kapitel V der Datenschutz-Grundverordnung zulässig ist.

Wie lange werden Ihre Daten verarbeitet?

Akten zu Einbürgerungen werden mindestens 30 Jahre, Abschriften der Einbürgerungsurkunden unbefristet aufbewahrt.

Welche Datenschutzrechte können Sie geltend machen?

Gegenüber der Einbürgerungsbehörde können Sie Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten verlangen. Darüber hinaus können Sie unter den in der Datenschutz-Grundverordnung genannten Voraussetzungen Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten verlangen, der Verarbeitung Ihrer Daten widersprechen oder das Recht auf Datenübertragbarkeit geltend machen.

Ihnen steht zudem gemäß Artikel 77 der Datenschutz-Grundverordnung ein Beschwerderecht bei der datenschutzrechtlichen Aufsichtsbehörde zu:

Der Sächsische Datenschutzbeauftragte
Devrientstraße 5
01067 Dresden

Von den vorstehenden Ausführungen habe ich Kenntnis genommen.

Ort, Datum	Unterschrift

Anlage 4
(zu Ziffer I Nummer 1 Buchstabe e)

Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und Loyalitätserklärung

1. Familienname, Vorname(n)

2. Ich bestätige, dass ich über die Bedeutung des Bekenntnisses zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, deren Grundsätze in dem nachfolgenden Erklärungstext, **Nummer 3.1/4.1**, abgedruckt sind, unterrichtet bin. Von dem Inhalt der Loyalitätserklärung habe ich Kenntnis genommen. Für mich trifft die Variante zu,

   ☐ dass ich niemals Bestrebungen der unter Nummer 3.2 genannten Art verfolgt oder unterstützt habe **(weiter mit Nummer 3)**;

   ☐ dass ich früher Bestrebungen der unter Nummer 3.2 genannten Art verfolgt oder unterstützt habe, mich aber inzwischen hiervon abgewandt habe **(weiter mit Nummer 4)**.

   Ich habe zur Kenntnis genommen, dass meine Einbürgerung ausgeschlossen ist, wenn sich bei der Prüfung meines Antrags tatsächliche Anhaltspunkte dafür ergeben, dass ich Bestrebungen der unter Nummer 3.2 genannten Art verfolge oder unterstütze oder verfolgt oder unterstützt habe und mich nicht von derartigen Bestrebungen abgewandt habe.

3. **Keine Verfolgung oder Unterstützung extremistischer Bestrebungen**

   In Kenntnis der Bedeutung für den von mir beantragten Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit gebe ich folgendes **Bekenntnis** und folgende **Loyalitätserklärung** ab:

3.1 Ich bekenne mich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Insbesondere erkenne ich an:
- das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
- die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
- das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
- die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- den Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
- die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

3.2 Ich erkläre, dass ich keine Bestrebungen verfolge oder unterstütze oder verfolgt oder unterstützt habe, die
- gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
- eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder
- durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

Ort, Datum	Unterschrift

4. **Abwendung von einer früheren Verfolgung oder Unterstützung extremistischer Bestrebungen**

In Kenntnis der Bedeutung für den von mir beantragten Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit gebe ich folgendes **Bekenntnis** und folgende **Loyalitätserklärung** ab:

4.1 Ich bekenne mich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Insbesondere erkenne ich an:

- das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
- die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
- das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
- die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- den Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
- die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

4.2 Ich erkläre, dass ich keine Bestrebungen verfolge oder unterstütze, die

- gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
- eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder
- durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

4.3 Ich habe jedoch früher, in der Zeit von _____ bis _____ derartige Bestrebungen verfolgt oder unterstützt. Hierzu mache ich folgende Angaben:

_____

_____

_____

_____

Von der früheren Verfolgung oder Unterstützung dieser Bestrebungen habe ich mich abgewandt.

Ort, Datum	Unterschrift

5. **Bearbeitungsvermerk der Einbürgerungsbehörde**

Die Unterrichtung ist im Zusammenhang mit der Antragstellung

☐ mündlich
☐ schriftlich durch Aushändigung eines Abdrucks dieses Bearbeitungsblattes

erfolgt.

Die Loyalitätserklärung ist

☐ in meiner Gegenwart von dem/der Antragsteller/in unterzeichnet worden
☐ schriftlich eingereicht worden.

Bemerkungen:	
Datum	Unterschrift

Anlage 5
(zu Ziffer I Nummer 2 Buchstabe a)

Einbürgerungsantrag des/der

_____
Familienname, Vorname(n)

Ehegatte/eingetragener Lebenspartner des Einbürgerungsbewerbers

_____
Familienname, Vorname(n)

Einwilligungserklärung

Ich willige ein, dass die Einbürgerungsbehörde zum Zweck der Durchführung

☐ meines Einbürgerungsverfahrens

☐ der von meinem Ehegatten/Lebenspartner beantragten Einbürgerung

Auskunft zu den erforderlichen Daten über meine Person bei nachfolgend genanntem Finanzamt einholt:

_____
Finanzamt (Ort/Bundesland)

Die Daten werden ausschließlich zum Zweck der Durchführung des Einbürgerungsverfahrens verarbeitet und genutzt.

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass die Weiterbearbeitung meines Einbürgerungsantrags/des Einbürgerungsantrags meines Ehegatten oder Lebenspartners ohne die Einwilligung oder bei deren Widerruf nicht möglich ist, wenn deshalb Voraussetzungen für die Einbürgerung nicht festgestellt und nachgewiesen werden können. Sie können die Einwilligung jederzeit widerrufen; die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung wird davon aber nicht berührt.

_____ _____

Ort, Datum Unterschrift

Anlage 6
(zu Ziffer I Nummer 2 Buchstabe a)

Einbürgerungsantrag des/der

_____
Familienname, Vorname(n)

Einwilligungserklärung

Ich willige ein, dass die Einbürgerungsbehörde zum Zweck der Prüfung der wirtschaftlichen Voraussetzungen für die von mir beantragte Einbürgerung (§ 8 Absatz 1 Nummer 4 oder § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 des Staatsangehörigkeitsgesetzes) und zur Feststellung, ob ich den Bezug von Leistungen ganz oder teilweise selbst zu vertreten habe, Auskünfte bei nachfolgend genannten Sozialleistungsträgern einholt:

☐ Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch

_____
Sozialamt des Landkreises, der Kreisfreien Stadt
Kommunaler Sozialverband Sachsen als überörtlicher Träger

☐ Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch

_____
Agentur für Arbeit oder der für die Leistungserteilung zuständige kommunale Träger

☐ Arbeitslosengeld und Insolvenzgeld nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch

_____
Agentur für Arbeit

☐ Sonstige Sozialleistung

_____
Behörde

Die Daten werden ausschließlich zum Zweck der Durchführung des Einbürgerungsverfahrens verarbeitet und genutzt.

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass die Weiterbearbeitung meines Einbürgerungsantrags ohne die Einwilligung oder bei deren Widerruf nicht möglich ist, wenn deshalb Voraussetzungen für meine Einbürgerung nicht festgestellt und nachgewiesen werden können. Sie können die Einwilligung jederzeit widerrufen; die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung wird davon aber nicht berührt.

_____ _____

Ort, Datum Unterschrift

Anlage 7
(zu Ziffer I Nummer 2 Buchstabe b Doppelbuchstabe ee)

Auswertung der Ausländerakten

1. Personalien

Familienname, gegebenenfalls Geburtsname	Vorname(n)
Geburtsdatum	Geburtsort/Geburtsland
Staatsangehörigkeit	Ausweisdokument, Gültigkeit
Anschrift	

2. Derzeitiger Aufenthaltsstatus

3. Inlandsaufenthalt

Tag der Einreise; Auflistung der Aufenthaltstitel/-rechte und Aufenthaltsgestattungen, jeweils unter Angabe der Rechtsgrundlage.

4. Unterbrechungen des Inlandsaufenthaltes durch Auslandsaufenthalte von mehr als sechs Monaten

☐ Ja, Zeitraum	☐ Nein

5. Unterbrechungen der Rechtmäßigkeit des Inlandsaufenthalts

☐ Ja, Zeitraum	☐ Nein

6. Besonderer Status

☐ Besitz eines Reiseausweises für Flüchtlinge (Asylberechtigter, ausländischer Flüchtling, heimatloser Ausländer) ☐ Staatenloser

7. Widerrufs-/Rücknahmeverfahren gemäß § 73 des Asylgesetzes anhängig?

☐ Ja ☐ Nein ☐ Nicht bekannt

8. Angaben über anhängige und abgeschlossene Ermittlungsverfahren im In- und Ausland

☐ Ja (Aktenzeichen, Ermittlungsbehörde, Straftatbestand und Verfahrensstand oder Verfahrensausgang angeben):
☐ Nein

9. Hinweise auf eine politisch-extremistische Betätigung

☐ Ja (Aktenzeichen, Ermittlungsbehörde, Straftatbestand und Verfahrensstand oder Verfahrensausgang angeben):
☐ Nein

10. Ausschluss der Einbürgerung nach § 11 Satz 1 Nummer 2 des Staatsangehörigkeitsgesetzes

☐ Ja, Begründung:
☐ Nein

11. Bescheinigung über die erfolgreiche Teilnahme an einem Integrationskurs

☐ Ja	☐ Nein

12. Sonstige Hinweise

Datum

Unterschrift

Anlage 8
(zu Ziffer I Nummer 2 Buchstabe d)

Einbürgerungsverzeichnis

Einbürgerung gemäß

☐ Miteinbürgerung minderjähriger Kinder (gemäß § 8 des Staatsangehörigkeitsgesetzes)

1. Angaben zur Person
1.1 Personalien

	Einbürgerungsbewerber	**Ehegatte/eingetragener Lebenspartner** einzubürgern ☐ Ja ☐ Nein
Familienname gegebenenfalls Geburtsname		
Vorname(n)		
Geburtsdatum		
Geburtsort Kreis, Staat		
Anschrift		
Familienstand Tag und Ort der Eheschließung	☐ ledig ☐ verheiratet ☐ getrennt lebend ☐ Ehe/Lebenspartnerschaft aufgelöst/geschieden	☐ Lebenspartnerschaft ☐ verwitwet
weitere Ehen Tag und Ort der Eheschließung/Begründung der Lebenspartnerschaft		
Staatsangehörigkeit(en) des weiteren Ehegatten		
frühere Ehen/Lebenspartnerschaften		
von/bis		
aufgelöst durch		

1.2 Status, Wehrdienst

derzeitige Staatsangehörigkeit(en)		
nachgewiesen wenn ja, durch	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein
frühere Staatsangehörigkeit(en)		
Verlustgrund		
besonderer Status		
Asylberechtigter	☐ Ja	☐ Ja
ausländischer Flüchtling	☐ Ja	☐ Ja
heimatloser Ausländer	☐ Ja	☐ Ja
Staatenloser	☐ Ja	☐ Ja
Wehrpflichtig im Heimatstaat	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein
vom Wehrdienst befreit	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein
Wehrdienst abgeleistet	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein
anderer Militärdienst (wann und in wessen Diensten?)		

1.3 Aufenthalt, Ausbildung

Aufenthaltsorte (Inland und Ausland, Zeiten, Ort, Staat)		
Schul- und Berufsausbildung (Zeiten, Art, Abschluss, Staat)		

1.4 Eltern des Einbürgerungsbewerbers

1.4.1 Vater

Familienname gegebenenfalls Geburtsname	
Vorname(n)	
Staatsangehörigkeit(en)	
Wohnort	

1.4.2 Mutter

Familienname gegebenenfalls Geburtsname	
Vorname(n)	
Staatsangehörigkeit(en)	
Wohnort	

1.4.3 Eheschließung

Tag und Ort der Eheschließung	
Die Ehe besteht noch	☐ Ja ☐ Nein

1.4.4 Vertretungsbefugnis für minderjährige Einbürgerungsbewerber

Bei Kindern unter 16 Jahre: Antrag wurde gestellt von	
Bei Kindern unter 16 Jahre: dem Antrag wurde zugestimmt von	
Die Vertretungsbefugnis beruht auf	

2. Miteinzubürgernde minderjährige Kinder

	1. Kind	2. Kind	3. Kind
Familienname Vorname(n)			
Geburtsdatum, Geburtsort			
Staatsangehörigkeit(en)			
Der Antrag wurde gestellt von			
Die Vertretungsbefugnis beruht auf			

3. Einbürgerungen nach § 9 Absatz 2 des Staatsangehörigkeitsgesetzes

Der Antrag stützt sich auf § 9 Absatz 2 des Staatsangehörigkeitsgesetzes	☐ Ja ☐ Nein	
Wenn ja: Sterbetag des Ehegatten/Tag der Rechtskraft des Scheidungsurteils	Sterbetag des Ehegatten	Scheidungsurteil rechtskräftig seit

4. Einbürgerungsvoraussetzungen

4.1 Staatsbürgerliche

Voraussetzungen	Einbürgerungsbewerber	Ehegatte
ausreichende deutsche Sprachkenntnisse	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein
Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein
Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein
Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein

4.2 Aufenthaltsstatus und -dauer

derzeitiger Aufenthaltsstatus		
geforderte Mindestaufenthaltsdauer	Jahre	Jahre
geforderte Mindestaufenthaltsdauer ist erfüllt	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein

4.3 Straftaten und Ausweisungsgründe

Strafen im Strafregister (Bundeszentralregister) wenn ja: Gericht/Datum des Urteils/Straftatbestand/Strafmaß	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein
Verurteilungen im Ausland	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein
Ausweisungsgründe	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein

4.4 Unterhaltsfähigkeit

ausgeübter Beruf		
eigene Netto-Einkünfte monatlich	Betrag (volle Euro) Euro	Betrag (volle Euro) Euro
Krankenversicherung	☐ Ja, durch ☐ Nein	☐ Ja, durch ☐ Nein
Alterssicherung	☐ Ja, durch ☐ Nein	☐ Ja, durch ☐ Nein
Pflegeversicherung	☐ Ja, durch ☐ Nein	☐ Ja, durch ☐ Nein
Sozialleistungsbezug	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein
	Art der Leistung seit wann Betrag	Art der Leistung seit wann Betrag
früherer Sozialleistungsbezug	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein
	Art der Leistung Dauer Betrag	Art der Leistung Dauer Betrag
Der Einbürgerungsbewerber hat die Inanspruchnahme zu vertreten	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein
Bezieher von Wohngeld	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein
früherer Bezug von Wohngeld	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein
Unterhaltssicherung durch Einkommen des Ehegatten	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein
Minderjährige ohne eigene Einkünfte, Unterhaltssicherung durch Unterhaltsansprüche		

5. Vermeidung von Mehrstaatigkeit

5.1 Ausscheiden aus der bisherigen Staatsangehörigkeit

Verlust kraft Gesetzes	☐ Ja	☐ Nein	☐ Ja	☐ Nein
Entlassung möglich	☐ Ja	☐ Nein	☐ Ja	☐ Nein
Abweichungen bei mit einzubürgernden Kindern				

5.2 Ausscheiden aus der bisherigen Staatsangehörigkeit

Hinreichende Gründe für die Hinnahme von Mehrstaatigkeit liegen vor	☐ Ja	☐ Nein	☐ Ja	☐ Nein
Falls ja, Begründung				

6. Besondere Bemerkungen

7. Ergebnis der Prüfung/Zustimmungserfordernis

☐ Antragsstattgabe	☐ Antragsablehnung
Zustimmung der Landesdirektion Sachsen erforderlich ☐ Ja	☐ Nein
Zustimmung des Staatsministeriums des Innern erforderlich ☐ Ja	☐ Nein

Datum

Unterschrift

Anlage 9
(zu Ziffer I Nummer 4 Buchstabe a)

Landesamt für Verfassungsschutz
Neuländer Straße 60
01129 Dresden

Einbürgerung

Die nachstehend genannte Person hat ihre Einbürgerung beantragt. Es wird um Durchführung einer sicherheitsmäßigen Überprüfung gebeten.

_____ _____
Datum Unterschrift

	Angaben zur Person		Abweichende Schreibweisen
Familienname, gegebenenfalls mit akademischem Titel		Geschlecht ☐ m ☐ w ☐ d ☐ o. A.	
Geburtsname			
frühere Familiennamen			
Arbeits-, Künstlernamen			
andere Familiennamen (Aliasnamen und so weiter)			
Vorname (Rufname)			
weitere Vornamen			
andere Vornamen (Aliasnamen und so weiter)			
Geburtsdatum		Staatsangehörigkeit	Volkszugehörigkeit
Geburtsort			
Staat, gegebenenfalls Kreis			
andere Geburtsangaben		erlernter Beruf	
derzeitige Tätigkeit			
Studium/Studienort(e), gegebenenfalls Universitäten			
Ausbildung/Ausbildungsort(e), gegebenenfalls Ausbildungsstelle(n)			
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Wohnort) am Ort des gewöhnlichen Aufenthalts			

Anschriften in Deutschland (einschließlich Mehrfachwohnsitze) der letzten _____Jahre

von	bis	PLZ	Ort	Bundesland

Sonstige aus der Akte ersichtliche Abweichungen bitte hier eintragen und oben kennzeichnen (durch Ankreuzen)

Anlage 10
(zu Ziffer I Nummer 4 Buchstabe a)

Einbürgerungsantrag des/der

_____
Familienname, Vorname(n)

Unterrichtung über die Mitwirkung des Landesamtes für Verfassungsschutz

Die von Ihnen beantragte Einbürgerung setzt unter anderem voraus, dass keine tatsächlichen Anhaltspunkte vorliegen, die die Annahme rechtfertigen, dass Sie Bestrebungen verfolgen oder unterstützen oder verfolgt oder unterstützt haben, die

– gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
– eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder
– durch die Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

Liegen solche tatsächlichen Anhaltspunkte vor, kommt die Einbürgerung nur in Betracht, wenn Sie glaubhaft machen können, dass Sie sich von der früheren Verfolgung oder Unterstützung derartiger Bestrebungen abgewandt haben.

Zur Prüfung, ob derartige tatsächliche Anhaltspunkte bestehen, wird das Landesamt für Verfassungsschutz durch eine schriftliche Anfrage beteiligt. Hierzu ist es notwendig, dem Landesamt für Verfassungsschutz Ihre Personalien (Name, Geburtsdatum und -ort, Staatsangehörigkeit, ausgeübter und erlernter Beruf, Anschrift) sowie frühere Aufenthaltsorte mitzuteilen.

Die rechtliche Grundlage für die Anfrage beim Landesamt für Verfassungsschutz ergibt sich aus § 37 Absatz 2 des Staatsangehörigkeitsgesetzes. Das Landesamt für Verfassungsschutz wertet nur vorhandenes eigenes Wissen oder bereits vorhandenes Wissen anderer Verfassungsschutzbehörden über Ihre Person aus und nimmt zu der Anfrage Stellung, falls ihm offen verwertbare Erkenntnisse vorliegen. Gegebenenfalls werden auch das bereits vorhandene Wissen der Einbürgerungsbehörde oder sonstiger öffentlicher Stellen in die Auswertung einbezogen.

Beim Landesamt für Verfassungsschutz werden aufgrund der Anfrage der Einbürgerungsbehörde nur dann Daten in automatisierten Dateien gespeichert, wenn bereits Erkenntnisse über verfassungsfeindliche, sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Sinne des § 2 Absatz 1 des Sächsischen Verfassungsschutzgesetzes vorliegen.

Von den vorstehenden Ausführungen habe ich Kenntnis genommen.

Ort, Datum _____ Unterschrift _____

Anlage 11
(zu Ziffer I Nummer 5 Buchstabe b)

Einbürgerungszusicherung

Dem Einbürgerungsbewerber/der Einbürgerungsbewerberin

_____
Familienname, Vorname(n)

_____ _____
Geburtsdatum Geburtsort

_____
Anschrift

wird die Einbürgerung für den Fall zugesichert, dass der Verlust der nachstehend genannten Staatsangehörigkeit(en) gegenüber der zuständigen deutschen Einbürgerungsbehörde nachgewiesen wird:

1. _____

2. _____

3. _____

Diese Einbürgerungszusicherung ist befristet und gilt einschließlich bis zum

_____

Bis zu diesem Zeitpunkt muss der Einbürgerungsbehörde der Verlust der Staatsangehörigkeit(en) nachgewiesen worden sein. Andernfalls erlischt die Einbürgerungszusicherung.

Sie wird unter der Bedingung erteilt, dass sich die für die Einbürgerung maßgebliche Sach- und Rechtslage bis zum Ablauf dieser Frist nicht ändert.

_____
Unterschrift

Anlage 12
(zu Ziffer I Nummer 5 Buchstabe c)

Einbürgerungsantrag des/der

Familienname, Vorname(n)

Geburtsdatum, Heimatstaat

Einwilligungserklärung

Ich willige ein, dass
– die zuständige deutsche Einbürgerungsbehörde
– die Landesdirektion Sachsen
– das Sächsische Staatsministerium des Innern
– das Bundesministerium des Innern und das Auswärtige Amt

mit den für die Entlassung aus der ausländischen Staatsangehörigkeit zuständigen Behörden meines Herkunftsstaates Kontakt aufnimmt und das Entlassungsverfahren gegebenenfalls begleitet, wenn meine Bemühungen erfolglos bleiben.

Ort, Datum

Unterschrift

Anlage 13
(zu Ziffer I Nummer 6)

Merkblatt über den Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit bei Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit

Mit dem Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit besitzen Sie alle Rechte und Pflichten, die nach unserer Verfassung, dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, ausschließlich Deutschen vorbehalten sind.

Ein deutscher Staatsangehöriger verliert seine Staatsangehörigkeit gemäß § 25 Absatz 1 des Staatsangehörigkeitsgesetzes grundsätzlich dann, wenn er freiwillig auf Antrag eine ausländische Staatsangehörigkeit annimmt. Dabei kommt es nicht darauf an, ob er sich im Inland oder im Ausland aufhält. Der Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit tritt in diesem Fall auch ein, wenn der Betreffende die ausländische Staatsangehörigkeit ehemals besessen hatte, es sich also um einen Rückerwerb handelt.

Mit dem Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit gehen auch alle Rechte und Pflichten eines deutschen Staatsangehörigen verloren. Der Betreffende ist ab diesem Zeitpunkt Ausländer und nicht mehr berechtigt, einen deutschen Reisepass oder Bundespersonalausweis zu führen. Die Ausweise werden von der Passbehörde eingezogen. Als Ausländer muss sich der Betreffende mit einem Reisepass seines neuen Heimatstaates ausweisen. Außerdem benötigt er für den weiteren Aufenthalt in Deutschland grundsätzlich eine Aufenthaltserlaubnis durch die Ausländerbehörde, eventuell einschließlich der Erlaubnis eine Erwerbstätigkeit auszuüben, zur Einreise in das Bundesgebiet unter Umständen einen Sichtvermerk (Visum).

Der Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit ist der Gemeinde des Wohnsitzes oder bei einem Auslandsaufenthalt der zuständigen deutschen Auslandsvertretung unverzüglich mitzuteilen. Sollte dies unterlassen werden und sollten durch Sie weiterhin die Rechte, die deutschen Staatsangehörigen vorbehalten sind, in Anspruch genommen werden, obwohl die deutsche Staatsangehörigkeit nicht mehr besteht, kann dies gegebenenfalls bestraft werden.

Die deutsche Staatsangehörigkeit geht bei Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit dann nicht verloren, wenn eine deutsche Staatsangehörigkeitsbehörde vor Erwerb der ausländischen Staatsangehörigkeit nach entsprechender Prüfung die Genehmigung erteilt hat, die deutsche Staatsangehörigkeit behalten zu dürfen (Beibehaltungsgenehmigung). Außerdem tritt der Verlust nicht ein, wenn eine Deutsche oder ein Deutscher die Staatsangehörigkeit eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union oder der Schweiz erwirbt.

Sollten Sie den Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit beabsichtigen, ist Ihnen daher zu empfehlen, sich rechtzeitig vorher mit der für Ihren Wohnsitz zuständigen Staatsangehörigkeitsbehörde in Verbindung zu setzen. Soweit Sie sich im Ausland aufhalten, wenden Sie sich bitte an die zuständige deutsche Auslandsvertretung (Botschaft oder Generalkonsulat).

In Deutschland gilt der Grundsatz, dass Mehrstaatigkeit zu vermeiden ist.